

27. IV. 1916

* Ein Gesuch um Teuerungszulagen ist von 15 Vereinen der städtischen Beamten, Lehrer und Lehrerinnen Berlins dem Magistrat unterbreitet worden. In der Eingabe wird darauf hingewiesen und an Zahlen erörtert, daß die Teuerung von den Beamten mit ihrem gleichbleibenden Einkommen mit am schwersten empfunden wird und daß namentlich die Familienväter unter ihnen nicht mehr imstande sind, die notwendigsten Lebensbedürfnisse mit Hilfe ihres Dienst Einkommens zu bestreiten. Der Kreis der von der Teuerung schwer Bedrückten reicht bereits weit über diejenigen hinaus, denen nach einem früheren Beschluß der Behörde durch eine Kriegsteuerzulage etwas geholfen werden sollte. Mehrere Groß-Berliner Gemeinden sind deshalb mit ihren Beihilfen auch schon über den Berliner Gehaltsatz von 2500 M. hinausgegangen. Es wird gebeten, die Familienväter im Verhältnis zu der Zahl der Kinder besonders zu berücksichtigen. Die Eingabe schließt: Wir erkennen gewiß auch für uns die Pflicht an, Opfer zu bringen und auf jeden Fall durchzuhalten. Doch selbst bei der weitherzigsten Erfüllung unserer Bitte bleibt die Last der Kriegsteuerung noch drückend genug. Jetzt aber sind unsere Mitglieder am Ende ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angelangt, und wirtschaftliche Katastrophen können nicht ausbleiben, wenn ihnen nicht bald geholfen wird.